

Regierung von Schwaben – 86145 Augsburg

Zustellungsurkunde

Luana gGmbH  
Dr. Michael Lippok  
Philipp Spiegelsberger  
Singerstr. 6  
86159 Augsburg

**KOPIE**

Bearbeiterin: [REDACTED]  
Telefon: (082 [REDACTED]  
Telefax: (082 [REDACTED]  
E-Mail: [REDACTED].bayern.de

Augsburg, den 22. August 2023

**Vollzug des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG),  
Antrag der Luana gGmbH auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer privaten  
Mittelschule ab dem Schuljahr 2023/2024 bzw. 2024/2025**

Anlage:  
1 Kostenrechnung

Sehr geehrter Herr Dr. Lippok, sehr geehrter Herr Spiegelsberger,  
als unmittelbare Schulaufsichtsbehörde erlässt die Regierung von Schwaben folgenden

**Bescheid:**

1. Der Antrag wird abgelehnt.
2. Die Luana gGmbH hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.
3. Für das Verfahren wird eine Gebühr in Höhe von 2.000,00 € festgesetzt. Auslagen sind in Höhe von 4,11 € angefallen.

**Gründe:**

I.

Im Vorfeld zu den aktuellen Anträgen hatte die Luana gGmbH die Schulneugründung einer privaten Grund- und Mittelschule mit Schulstart zum Schuljahr 2018/2019 und 2019/2020 beantragt. Die Anträge waren im laufenden Verfahren jeweils mangels Erfolgsaussicht zurückgenommen worden. In den Jahren 2019/2020 hatte auf Wunsch der Luana gGmbH eine isolierte Vorabprüfung der päd-



gogischen Konzepte der Grund- und Mittelschule stattgefunden, die zum Ergebnis gekommen war, dass keine Genehmigungsfähigkeit vorgelegen hatte.

Am 31.05.2022 beantragte die Luana gGmbH die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer privaten Grund- und Mittelschule mit offenem Ganztags als Ersatzschule mit Schulbeginn ab dem Schuljahr 2023/2024. Die am 31.05.2022 vorgelegten Antragsunterlagen einschließlich des pädagogischen Konzeptes für die Mittelschule, Stand 08.04.2022, und des Konzepts für den Ganztags der Mittelschule wurden nachfolgend insbesondere am 24.01.2023 (Grundrissplan des geplanten Schulgebäudes und Raumprogramm), 31.01.2023 (Ansichten, Schnitte, Grundrisse und Lageplan des geplanten Schulgebäudes), 17.05.2023 (Finanzierungspläne für den Zeitraum 2023 bis 2032, Zeugnis über die Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen in Bayern für die vorgesehene Schulleiterin, Mietvertrag vom 02.05.2023, Baugenehmigung vom 10.05.2023, Nutzungsvereinbarung für einen Mehrzweckraum und Schülervoranmeldungen zum Schuljahr 2023/2024) und 13.06.2023 (Ansichten, Schnitte und Grundrisspläne des geplanten Schulgebäudes mit Genehmigungsstempel der Bauaufsichtsbehörde) ergänzt. Mit Schreiben vom 17.05.2023 beantragte die Luana gGmbH hilfsweise die Genehmigung zum Beginn des Schuljahres 2024/2025.

Nach Abschluss der schulfachlichen und -rechtlichen Überprüfung der am 31.05.2022 eingereichten und nachfolgend mehrfach ergänzten Antragsunterlagen wurde das Ergebnis auf Wunsch der Luana gGmbH vom 11.04.2023 am 07.07.2023 mit Vertretern der Luana gGmbH, des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus sowie der Regierung von Schwaben besprochen.

Mit E-Mail vom 12.07.2023 verzichtete die Antragstellerin auf ein Anhörungsschreiben.

## II.

1. Für die Entscheidung über den Antrag auf Genehmigung der privaten Mittelschule als Ersatzschule ist die Regierung von Schwaben als unmittelbare Schulaufsichtsbehörde sachlich (Art. 114 Abs. 1 Nr. 4 lit. b des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG)) und örtlich (Art. 3 Abs. 1 Nr. 2 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG)) zuständig. Die Entscheidung über den Schulneugründungsantrag betreffend die Grundschule erfolgt in einem eigenen Bescheid.

2. Die Entscheidung ergeht ohne vorherige Anhörung gemäß Art. 28 Abs. 1 BayVwVfG, nachdem die Antragstellerin mit E-Mail vom 12.07.2023 ausdrücklich hierauf verzichtet hatte.

3. Der Antrag wird abgelehnt, weil die beantragte Mittelschule in ihren Lehrzielen sowie Einrichtungen hinter den öffentlichen Mittelschulen zurücksteht (Art. 92 Abs. 2 Nr. 2 BayEUG), die spezifischen Mittelschulvoraussetzungen des Art. 7a Abs. 1 Satz 3 BayEUG nicht erfüllt sind, das Sonderungsverbot nicht beachtet wird und die Finanzierung der geplanten Schule nicht gesichert ist. Die Ablehnung bezieht sich daher sowohl auf den am 31.05.2022 ursprünglich beantragten Schulstart zum Schuljahr 2023/2024 als auch auf den mit Schreiben der Luana gGmbH vom 17.05.2023 hilfsweise beantragten Schulstart zum Schuljahr 2024/2025.



3.1 In dem am 31.05.2022 vorgelegten pädagogischen Konzept für die Mittelschule ist die Gleichwertigkeit in den Lehrzielen nach Art. 92 Abs. 2 Nr. 2 BayEUG nicht nachgewiesen.

Private Schulen sind nach Art. 90 Satz 2 BayEUG im Rahmen der Gesetze frei in der Entscheidung über Lehr- und Erziehungsmethoden, über Lehrstoff und Formen der Unterrichtsorganisation. Die Gleichwertigkeit der Lehrziele ist jedoch gemäß Art. 92 Abs. 2 Nr. 2 BayEUG wesentliche Grundvoraussetzung der Genehmigung als Ersatzschule. Damit wiederholt diese gesetzliche Bestimmung das verfassungsrechtliche Gleichwertigkeitspostulat des Art. 7 Abs. 4 Satz 3 Grundgesetz (GG) und des Art. 134 Abs. 2 Bayerische Verfassung (BV). Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung bedeutet Gleichwertigkeit der Lehrziele, dass die Ersatzschule die allgemeinen Bildungs- und Erziehungsziele sowie fachlichen Qualifikationen anstreben muss, die den ihnen entsprechenden öffentlichen Schulen nach geltendem Recht vorgeschrieben sind. Namentlich müssen die Schülerinnen und Schüler so gefördert und gefordert werden, dass ihre daraufhin erlangte Qualifikation derjenigen gleichwertig ist, welche Schülerinnen und Schülern einer entsprechenden öffentlichen Schule vermittelt wird. Art. 7 Abs. 4 Satz 3 GG bezweckt nicht, die inhaltliche Einheit des Schulwesens zu sichern, sondern Schülerinnen und Schüler von Ersatzschulen vor einem ungleichwertigen Schulerfolg zu schützen (vgl. BVerwG, U. v. 13.12.2000 — 6 C 5.00 — juris; BVerfG, B. v. 08.06.2011 — 1 BvR 759/08, 1 BvR 733/09 — juris). Das gesamte Schulwesen steht nach Art. 7 Abs. 1 GG unter der Aufsicht des Staates. Gegenstand der Aufsicht des Staates über die Gleichwertigkeit der Lehrziele sind sowohl das Konzept der Ersatzschule als auch dessen Verwirklichung nach Aufnahme des Schulbetriebs.

Vor der Erteilung der Genehmigung ist eine auf den Ausbildungserfolg am Ende des schulischen Bildungsganges bezogene Prognose der staatlichen Schulaufsicht erforderlich. Dies hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in seinem Beschluss vom 04.01.2017 — 7 CE 16.1898 — juris deutlich gemacht. Dabei wird nicht der positive Nachweis der Gleichwertigkeit verlangt. Vielmehr wird der Anforderung des Art. 7 Abs. 4 Satz 3 GG schon dadurch genügt, dass – aufgrund einer konkreten und detaillierten Überprüfung der von der privaten Ersatzschule angestrebten Lehrziele – in nachprüfbarer Weise die Prognose möglich ist, dass sie – voraussichtlich – jedenfalls nicht hinter den Lehrzielen der öffentlichen Schulen zurückstehen wird (vgl. BVerwG, U. v. 19.02.1992 — 6 C 3.91 — juris; VGH BW, B. v. 20.05.2016 — 9 S 303/16 — juris). Daran fehlt es, wenn die staatliche Schulaufsicht im Rahmen ihrer Prognose feststellt, dass sich in Bezug auf das Ergebnis des jeweiligen Bildungsganges im Vergleich mit öffentlichen Schulen voraussichtlich Defizite ergeben werden (vgl. BVerwG, U. v. 19.02.1992 — 6 C 3.91 — juris).

Denn durch die Erteilung der Genehmigung wird seitens des Staates festgestellt, dass keine Bedenken gegen die Errichtung der Schule bestehen. Durch die erteilte Genehmigung gilt der Besuch der Schule auch als Erfüllung der Schulpflicht. Die Erziehungsberechtigten müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder an einer staatlich genehmigten Ersatzschule die Lehrziele öffentlicher Schulen erreichen, dass die Schule ihre Kinder auf diesem Weg nicht allein lässt, sondern sie mit fachlich und pädagogisch geeignetem Personal aktiv begleitet und unterstützt, dass ihren Kindern nach der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10 ein Eintritt in eine qualifizierte berufliche Bildung bzw. ein Übertritt in weitere schulische Bildungsgänge bis hin zur Hochschulreife möglich ist und dass die staatliche Schulaufsicht die Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen sicherstellt. Des Weiteren ist die schulaufsichtliche Genehmigung Voraussetzung für staatliche Leistungen nach dem Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG).



Eine staatliche Schulaufsicht, deren Aufgabe es auch ist, Kinder und Heranwachsende vor unzureichenden Bildungseinrichtungen zu schützen, muss daher die oben genannten Anforderungen an eine positive Prognose stellen. Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit gehen zu Lasten des Antragstellers, der es in der Hand hat, das Vorliegen der Genehmigungsvoraussetzungen zu belegen. Auch dies hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in seinem Beschluss vom 04.01.2017 — 7 CE 16.1898 — juris deutlich gemacht.

Ob eine private Mittelschule in ihren Lehrzielen hinter den öffentlichen Schulen zurücksteht, entscheidet sich demzufolge danach, ob die Schule allen Schülerinnen und Schülern am Ende der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10 den Weg zu den ihrer Neigung und Begabung entsprechenden Bildungsabschlüssen oder zu einer erfolgreichen beruflichen Ausbildung eröffnet.

Nach den Ausführungen des pädagogischen Konzepts der Mittelschule vom 31.05.2022 kann im Ergebnis keine positive Prognose hinsichtlich des Erreichens der Lehrziele am Ende der Jahrgangsstufen 9 bzw. 10 gestellt werden. Zwischen dem selbstbestimmten Lernen nach dem Konzept der Luana gGmbH auf der einen und dem Erreichen der Lehrziele am Ende der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10 auf der anderen Seite besteht ein Spannungsverhältnis, das im pädagogischen Konzept nicht schlüssig und widerspruchsfrei aufgelöst wird. Dies manifestiert sich insbesondere an folgenden Kernpunkten:

3.1.1 Das Konzept bildet nicht ab, ob und wie ausgehend vom Bayerischen LehrplanPLUS für die Mittelschule die Lehrziele am Ende der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10 erreicht werden können. Es stehen alle vorgesehenen Lernformen unter dem generellen Vorbehalt der Freiwilligkeit. Aufgrund des im Konzept beschriebenen Freiheitsbegriffs kann auch nicht sichergestellt werden, dass die Lehrziele der bayerischen Mittelschule den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden.

Nach dem vorliegenden Konzept wird eine vorwiegend selbstregulierte Lernorganisation etabliert. Das Konzept führt auf Seite 8 in diesem Zusammenhang aus: „*In unserer demokratischen Schule können die Kinder aufgrund einer stärkeren individuellen Zuwendung der Lernbegleiter\*innen und durch Berücksichtigung, Stärkung und Erweiterung ihrer individuellen Ressourcen einen vorwiegend selbstregulierten Lernprozess in Ko-Konstruktion mit den Lernbegleiter\*innen durchlaufen.*“

Das pädagogische Konzept beinhaltet als einen der drei Grundpfeiler der Schule (frei, demokratisch, inklusiv) die Freiheit. Der Begriff der Freiheit wird auf Seite 13 ff. näher beschrieben. Die Freiheit der Schülerinnen und Schüler umfasst hiernach insgesamt sechs Ebenen. Insbesondere die dargestellte inhaltliche und organisatorische Freiheit der Schülerinnen und Schüler belegen, dass diese frei entscheiden können, ob, was, wo, wann und wie sie lernen wollen. „*Die inhaltliche Freiheit umfasst die Freiheit zu selbst gewählten Lerninhalten. Die Inhalte, mit denen sich die Lernenden beschäftigen wollen, suchen sich die Schüler\*innen selbst aus. Sie lassen sich von ihren jeweiligen Interessen, Bedürfnissen und Impulsen (von innen und/oder außen) leiten. Hier wird keine Wertung vorgenommen – alle Inhalte sind gleichwertig.*“ (vgl. S. 13 des Konzeptes).

Weiterhin heißt es auf Seite 13 des Konzeptes: „*Die organisatorische Freiheit realisiert sich nach den Ausführungen des pädagogischen Konzeptes in der Freiheit zu einem selbstregulierten Lernen in pädagogischer Begleitung. Die Lernenden bestimmen jeweils selbst ihren Lernort, die Lernzeit und -dauer sowie die Sozialform ihres Lernprozesses in Ko-Konstruktion mit den Lernbegleiter\*innen.*“

Im Abschnitt 4 „Organisation des Lernens“ enthält das Konzept folgende Ausführungen: „In unserer Organisation des Lernens orientieren wir uns am Begriff des selbstregulierten Lernens, bei dem



jede\*r Schüler\*in eigenverantwortlich und selbstbestimmt, seine\*ihre individuellen (Lern-) Ziele setzt, sie organisiert und aktiv verfolgt.“ (vgl. S. 18). „Wir vertrauen den Kindern und Jugendlichen, dass sie mit Unterstützung ihrer Lernbegleiter\*innen ihren Weg gehen und dass sie selbst wissen, was zu welchem Zeitpunkt gut für sie ist, was sie weiterbringt und welche thematischen und methodischen Auseinandersetzungen ihnen dabei helfen.“ (vgl. S. 20).

Zu den Lernformen und Lerngelegenheiten bestimmt das Konzept weiterhin (vgl. S. 28 f.):

„Es finden daher in den Lernsettings wie Kursen, individuellen Lernverabredungen und im Projektunterricht eine Bandbreite an didaktischen Methoden von Instruktion („Frontalunterricht“), kooperativem Lernen, Diskussionen, Referaten, Visualisierungen bis hin zu Übungen statt. Die Lernarrangements setzen sich aus einem Methodenmix aus Anleitung und selbstregulierten Lernprozessen zusammen, wie es in der didaktischen Forschung nahegelegt wird. Dieser Methodenmix findet an der Mittelschule Luana unter den Bedingungen der Freiwilligkeit und Mitentscheidung statt.“

Alle Lernformen und Lerngelegenheiten, soweit ein einzelner Schüler bzw. eine einzelne Schülerin überhaupt Einfluss auf die hier genannten Lernformen nehmen kann, sind daher der Freiwilligkeit unterworfen.

Nur in den Fächern Mathematik und Deutsch sind regelmäßige Kursangebote seitens der Lernbegleiter vorgesehen, wobei die Schülerinnen und Schüler auch hier frei über ihre Teilnahme entscheiden können (vgl. S. 30 des Konzeptes). Allerdings heißt es auch hier, dass Kurse insbesondere auf Initiative oder nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler stattfinden, Schülerinnen und Schüler sich in Gruppen organisieren und ihr Vorhaben von der Schulversammlung „legitimieren“ lassen müssen, wenn sie Ressourcen der Schule in Anspruch nehmen möchten (vgl. S. 30 des Konzeptes).

Die weiteren Fächer der Mittelschulordnung sollen überwiegend in Projekten und Freiarbeit behandelt oder interdisziplinär in Kursangebote integriert werden (vgl. S. 29 f. des Konzeptes). Auch diese Kursangebote stehen aber unter dem Vorbehalt, dass sie eine Mehrheit in der Schulversammlung finden (vgl. S. 30 des Konzeptes).

Bei der Freiarbeit sollen die Schülerinnen und Schüler ihre Themen nach ihren eigenen Interessen wählen und in ihrer eigenen Lernstruktur bearbeiten. Die Themenauswahl bei den Projekten soll ebenfalls von den Schülerinnen und Schülern bestimmt werden.

Insgesamt ist daher festzustellen, dass die Lernformen frei bestimmt werden und die Wahrnehmung von Lerngelegenheiten in allen Fällen letztendlich den Schülerinnen und Schülern überlassen bleibt. Gleiches gilt die Auswahl der Inhalte bzw. Themen, mit denen sich Schülerinnen und Schüler beschäftigen. Auch hier sind die Schülerinnen und Schüler frei, ob und in welcher Tiefe sie sich überhaupt mit den im LehrplanPLUS genannten Inhalten beschäftigen wollen.

Sofern Ressourcen der Schule – damit dürften v. a. die Einsatzzeiten der Lernbegleiter gemeint sein, die für Kurse, Projekte etc. – benötigt werden, müssen sich die Schülerinnen und Schüler selbst organisieren und die Zustimmung der Schulversammlung einholen. Ob sie – zumal unter diesen Umständen die genannten Lernformen in Anspruch nehmen möchten und überhaupt können – unterliegt jeweils auch der freien Entscheidung der Schülerinnen und Schüler sowie der Schulversammlung. Wie die Gruppe und jeder einzelne Schüler und jede einzelne Schülerin verlässlich eine Unterstützung und Förderung erhalten können, die nicht nur auf (Einzel-)Gesprächen mit einem Lernbegleiter basiert, bleibt unklar. Es ist daher davon auszugehen, dass das Recht des einzelnen Schülers oder der einzelnen Schülerin auf ein Mindestmaß an Unterstützung und Förderung nicht gewährleistet wird. Zu den Grenzen der Mitbestimmung siehe unter Nr. 3.2.3.



3.1.2 Das Konzept zeigt nicht auf, wie die Schülerinnen und Schüler ohne aktives, zielgerichtetes und strukturiertes Fördern und Fordern durch Lernbegleiter am Ende der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10 im Kern gleiche Kenntnisse und Fertigkeiten wie an öffentlichen Mittelschulen erreichen können. Denn das pädagogische Konzept für die Mittelschule legt im Grundsatz fest, dass die Schülerinnen und Schüler frei entscheiden können, ob, was, wo, wann und wie sie lernen wollen (s. die Ausführungen unter Nr. 3.1.1).

In einem unaufgelösten Widerspruch dazu steht, dass die Lernbegleiter sich an den vorgegebenen Lerninhalten orientieren, Lerngelegenheiten initiieren und in Bezug auf die Altersmischung und Inklusion nach Niveau, Interesse und Kenntnisstand differenzieren sollen (vgl. S. 35 des Konzeptes). Insbesondere wird nicht verständlich, was unter „*vorgegebenen Lerninhalten*“ zu verstehen ist. Gemäß dem Konzept wählen Schülerinnen und Schüler die Themen, mit denen sie sich beschäftigen möchten, selbst aus und sollen Lernbegleiter gerade nicht steuernd Einfluss darauf nehmen, was gelernt wird, denn laut Konzept sind alle Inhalte gleichwertig (vgl. S. 13 und oben unter Nr. 3.1.1).

Die Rolle der Lernbegleiter wird zwar im Abschnitt 4. 5 des pädagogischen Konzeptes „Rolle der Lernbegleiter\*innen“ als aktiv bezeichnet (vgl. S. 35). Das Konzept führt hierzu auf Seite 34 aus: „*Die Lernbegleiter\*innen übernehmen eine zentrale Rolle im Unterricht und im Schulalltag. Sie begleiten die Schüler\*innen auf ihrem Weg zu einer eigenständigen Persönlichkeit, hören zu, beantworten Fragen und geben Hilfe, wenn diese benötigt wird.*“ Die aktive Rolle der Lernbegleitung wird jedoch weitgehend auf die Basis der eigeninitiativen Anfrage durch die Schülerinnen und Schüler reduziert und dadurch zu einer passiven Rolle hin verändert. Sie wird auf das Eröffnen von Lernräumen, das Angebot einer Begleitung des Lernprozesses durch Gespräche, Entwickeln von individuellen Lernwegen, Treffen von individuellen Lernvereinbarungen bei Bedarf und dem Vertrautemachen mit Wegen und Materialien der Sicherung von Wissen hin beschränkt. Diese als aktiv beschriebenen Phasen der Lernbegleiter sind nach dem vorliegenden Konzept einerseits aber an die Vorgabe, sich als Lernbegleiter passiv zu verhalten, geknüpft, weswegen die aktive Rolle der Lernbegleiter immer auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit und Partizipation basieren soll (vgl. S. 34 f. des Konzeptes). Andererseits verlangt das Konzept, dass die Lernbegleiter regelmäßige Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern einfordern, diese unterstützen, anstehende Aufgaben zu definieren, und dabei die Mindeststundentafel und den eventuellen Übertritt im Blick haben (vgl. S. 35). Des Weiteren heißt es im Konzept auf S. 36: „*In Einzel- und Gruppengesprächen werden den Schüler\*innen (und ihren Eltern) die notwendigen Lerninhalte und Kompetenzen für den Übertritt aufgezeigt und zusammen mit ihnen Möglichkeiten des Erlernens dieser Inhalte und Kompetenzen besprochen.*“ Wie dies mit den Freiheiten, die Schülerinnen und Schüler laut Konzept nicht nur im Lernprozess sondern auch bei den Inhalten genießen sollen, vereinbar ist, bleibt unklar. Letztlich kann dieser Widerspruch aber dahinstehen, denn alle Unklarheiten des pädagogischen Konzeptes, gehen zu Lasten des Antragstellers bzw. hier der Antragstellerin.

Zudem geht aus dem Konzept nicht nachvollziehbar hervor, wie der Ansatz des selbstbestimmten Lernens gerade für Mittelschülerinnen und Mittelschüler gelingen kann, da es sich hier um eine Schülergruppe handelt, die im besonderen Maße auf Strukturen und Anleitung angewiesen ist. Das Konzept setzt vielmehr voraus, dass die Schülerinnen und Schüler in allen relevanten Altersstufen in der Lage sind, sich weitgehend selbständig zu orientieren und die Inhalte selbst zu bestimmen, die sie sich zur Erreichung der Lehrplanziele aneignen müssen. Die Antragstellerin scheint auch zu erwarten, dass alle Mittelschülerinnen und Mittelschüler tatsächlich eine entsprechend hohe Leistungsbereitschaft, Konzentration und Ausdauer aufbringen, um sich die Lehrziele der Mittelschule weitgehend selbständig zu erarbeiten. An der Luana Schule sollen nicht nur besonders begabte



und motivierte Mittelschülerinnen und Mittelschüler aufgenommen werden. Dass alle Schülerinnen und Schüler unterschiedslos die o. g. Fähigkeiten haben und die Luana Schule mit vergleichbarem Erfolg wie an einer staatlichen Mittelschule absolvieren werden, ist daher schon nicht nachvollziehbar.

Ferner gibt das Konzept keine hinreichende Antwort auf die Frage, welche Förderung Schülerinnen und Schüler erfahren, denen das Lernen im Vergleich zu den Mitschülerinnen und Mitschülern noch einmal deutlich schwerer fällt, die wenig strukturiert und selbständig sind oder auch geringes Interesse daran haben, sich mit der zur Erreichung der Lehrplanziele der bayerischen Mittelschule notwendigen Bandbreite an Inhalten auseinanderzusetzen, und wie diese die Lehrziele bis zum Ende der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10 trotzdem erreichen können. Die für diese Fälle im aktuellen Konzept vorgesehene vermehrte Zuwendung und das gesprächsweise Suchen nach Hinderungsgründen motivationaler oder kognitiver Art sowie nach geeigneten Möglichkeiten des Umgangs (vgl. S. 35 f des Konzeptes) sind insofern nicht ausreichend. Dies gilt auch für die vorgesehene gesprächsweise Erkundung der Gründe und der Suche nach individuellen Verständniszugängen und Lernwegen. Es werden zwar die Ursachen für fehlende Motivation und Lernschwierigkeiten eruiert, aber keine Handlungsstrategien und Wege einer gezielten individuellen Förderung beschrieben.

Schließlich geht aus dem vorliegenden Konzept nicht hervor, welche Anforderungen an Qualifikation und Ausbildung der Lernbegleiter - neben der schulaufsichtlichen Genehmigungsfähigkeit – zur Umsetzung des Konzeptes gestellt werden und wie viele Lernbegleiter im Sinne einer Schüler-Lernbegleiter-Relation konkret tätig werden sollen (vgl. dazu unter Nr. 3.4).

3.1.3 Im Konzept sind keine ausreichenden Instrumentarien vorgesehen, die eine fortlaufende leistungsbezogene Aussage zu Lernstand und Lernfortschritt der Schülerinnen und Schüler zulassen. Damit ist es weder den Schülerinnen und Schülern noch den Erziehungsberechtigten noch den Lernbegleitern möglich, eine Einschätzung zu treffen, inwieweit die Lehrziele am Ende der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10 voraussichtlich erreicht werden können bzw. wie in geeigneter Weise die Fortschritte im Lernprozess gefördert werden sollen.

Verpflichtende Prüfungen, Noten und Zeugnisse sind an der Mittelschule Luana nicht vorgesehen (vgl. S. 38 des Konzeptes). Es fehlt darüber hinaus an einer Wirkkontrolle in sonstiger Form.

Am Ende jeder Jahrgangsstufe sollen die Schülerinnen und Schüler eine kategorisierte Lerndokumentation erhalten. Daneben stehen den Schülerinnen und Schülern sowie deren Erziehungsberechtigten und auch der Schulleitung ausschließlich die optionalen Dokumentationen der Lernbegleiter nach den regelmäßigen Besprechungen der Lernbegleiter sowie die geplanten stichpunktartigen Dokumentationen der Tätigkeiten der Lernbegleiter zur Verfügung. Für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10 soll zusätzlich die Korrektur von Probepfungen zur Vorbereitung auf Abschlüsse angeboten werden (vgl. S. 37 f. des Konzeptes). Allerdings stellt die im Konzeptanhang befindliche kategorisierte Lerndokumentation nach schulfachlichen Maßstäben keine adäquate Form der Lerndokumentation dar. Die konkrete Leistungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern in geplanten Situationen kann damit nicht festgestellt werden. Auch ist es nicht möglich, das Erreichen der Lehrziele der bayerischen Mittelschule am Ende der Jahrgangsstufen 9 bzw. 10 anhand der im Konzeptanhang befindlichen Lerndokumentation abzubilden. Somit kann die Schule nicht für alle Schülerinnen und Schüler eine leistungsbezogene Aussage treffen. Das Konzept verfügt damit nicht über eine hinreichende Wirkkontrolle. Auch eine Teilnahme an den



bayerischen Jahrgangsstufenarbeiten in den Fächern Mathematik und Deutsch in der Jahrgangsstufe 6 und an den bundesweiten VERA-8-Vergleichsarbeiten in der Jahrgangsstufe 8. welche von manchen Privatschulträgern zum Nachweis des Lernstands genutzt aber – dies wird vorsorglich mitgeteilt – schulaufsichtlich als Genehmigungsvoraussetzung selbstverständlich sonst nicht eingefordert wird, ist nicht vorgesehen. Das im Konzept vorgesehene Instrumentarium ist für eine Einschätzung, inwieweit die Lehrziele am Ende der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10 voraussichtlich erreicht werden können, daher insgesamt nicht ausreichend.

3.1.4 Zusammenfassend ist festzustellen, dass das pädagogische Konzept voraussetzt, dass die Kinder und Jugendlichen in allen relevanten Altersstufen in der Lage sind, die Inhalte selbst zu bestimmen, die sie sich zur Erreichung der Lehrplanziele aneignen müssen. Weiterhin müssen die Kinder und Jugendlichen auch tatsächlich eine entsprechend hohe Leistungsbereitschaft, Konzentration und Ausdauer aufbringen, um sich die Inhalte im Wesentlichen selbständig anzueignen. Zugleich ist den Kindern und Jugendlichen ausdrücklich freigestellt, ob sie überhaupt etwas lernen möchten. Wie die Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter ihre Aufgabe, die Bezüge zwischen den Themen der Schülerinnen und Schüler und denen des LehrplanPLUS herzustellen, bei der inhaltlichen Selbstbestimmung der Kinder und Jugendlichen, erfüllen können, ist dem Konzept nicht zu entnehmen.

3.2 Schließlich sind die spezifischen Mittelschulvoraussetzungen des Art. 7a Abs. 1 Satz 3 BayEUG nicht vollständig erfüllt. Nach dieser Vorschrift vermitteln Mittelschulen allein oder gemeinsam in einem Schulverbund ein Bildungsangebot, das regelmäßig drei Zweige der Berufsorientierung (Technik, Wirtschaft, Soziales) und in der Regel ein schulisches Ganztagsangebot umfasst sowie zum mittleren Schulabschluss führt. Im vorgelegten Konzept für die Mittelschule wurde ein den öffentlichen Mittelschulen gleichwertiges Bildungsangebot der drei Zweige der Berufsorientierung sowie ein gleichwertiges Führen zum mittleren Schulabschluss nicht nachgewiesen.

3.2.1 Die drei Zweige der Berufsorientierung sollen laut Konzept regelmäßig an der Mittelschule Luana angeboten werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich zu Beginn der Jahrgangsstufe 7 für einen der drei Zweige entscheiden. Die in den Zweigen der Berufsorientierung angebotenen Kurse sollen im Niveau nach Jahrgangsstufen differenziert eingerichtet werden und sich somit vorwiegend an Schülerinnen und Schüler mit entsprechendem Kompetenzniveau richten (vgl. S. 9 des Konzeptes).

Die Kurse sollen jedoch offen für alle Schülerinnen und Schüler anderen Alters oder Kompetenzniveaus sein. Ein nachträglicher Wechsel des Zweiges sowie der Besuch der Kurse mehrerer Zweige sollen möglich sein. Eine Verpflichtung, sich ausschließlich einem Zweig der Berufsorientierung zuzuordnen, ist nicht vorgesehen. Es bleibt schon unklar, wie bei diesen Wahlmöglichkeiten die Inhalte der Zweige vermittelt werden können. Den Schülerinnen und Schülern wird zudem ausschließlich in Angeboten, die sich an den Kompetenzstrukturmodellen des LehrplanPLUS der Mittelschule und am besonderen pädagogischen Konzept der Mittelschule Luana orientieren sollen, in Kursen, Freiarbeit oder anderen Lernformen die Möglichkeit gegeben, die für den jeweiligen Abschluss nötigen Kompetenzen zu erwerben (vgl. S. 9 f. des Konzeptes).





Alle Lernformen stehen nach dem Gesamtkonzept aber unter dem Vorbehalt der Freiwilligkeit. Nach den Ausführungen im Abschnitt 3.1 dieses Bescheides sowie im Konzept auf S. 9 f. kann insofern nicht von einem gleichwertigen Angebot der drei Zweige der Berufsorientierung, wie sie der LehrplanPLUS der Mittelschule für die Jahrgangsstufe 7 vorsieht, ausgegangen werden.

Weiterhin sind die Fächereinteilung und die Lernprozesse in den jeweiligen Fächern nicht aussagekräftig im Konzept dargestellt.

3.2.2 Gemäß vorliegendem pädagogischen Konzept der Mittelschule ist im Abschnitt 2.2 „Anforderungen der Mittelschulen, Prüfungsvorbereitung und Mittlerer-Reife-Zug“ (vgl. S. 10 ff.) auch die Einrichtung eines Mittleren-Reife-Zuges vorgesehen. Die Regelkurse an der Mittelschule Luana sollen darauf ausgelegt sein, das erhöhte Anforderungsniveau des Mittleren-Reife-Zuges durch eine Binnendifferenzierung und ein Phasenmodell zu integrieren. Es ist vorgesehen, dass die Binnendifferenzierung nach einem für alle Schülerinnen und Schüler des Kurses angebotenen Einführung dadurch einsetzt, dass niveaudifferenziertes Material, Aufgabenblätter und weitere Medien für die Freiarbeit und Selbsterarbeitungsphasen vorgehalten werden. Die Lernbegleiter sollen in Phasen der Selbsterarbeitung für Rückfragen und Hilfestellungen zur Verfügung stehen und dabei dokumentieren, welche Schülerinnen und Schüler ein grundlegendes Niveau und welche Schülerinnen und Schüler ein erhöhtes Anforderungsniveau erreichen. Ferner ist vorgesehen, die Jahrgangsstufen 9 und 10 als Prüfungsvorbereitungskurse zu strukturieren. Auf den jeweils angestrebten Schulabschluss soll gezielt vorbereitet werden. Die das ganze Schuljahr dauernden Kurse sollen mit einer Einführung durch den Lernbegleiter beginnen und primär durch Freiarbeit und daran geknüpfte Lernverabredungen fortgeführt werden. Zudem sind regelmäßige Probeprüfungen mit exemplarischer Benotung geplant.

Nach schulfachlicher Bewertung erfüllt das Konzept mit Blick auf das selbstregulierte Lernen der Schülerinnen und Schüler nicht die Vorgaben eines erhöhten Anforderungsniveaus des Mittleren-Reife-Zuges. Eine rein auf individuelle Lernverabredungen, für die Dokumentationen zum Entwicklungs- und Lernstand die Grundlage des Gesprächs bilden, und eine primär auf Freiarbeit orientierte Planung der Mittleren-Reife-Struktur ist demnach nicht zielführend. Der zu erwartende Lernstand, um das Kompetenzniveau vergleichbar feststellen zu können, oder ein durchgängiges erhöhtes Anforderungsniveau werden im Konzept nicht deutlich.

3.2.3 Daneben sind die demokratischen Elemente des pädagogischen Konzepts für die Mittelschule im Abschnitt 5 „Demokratie leben“, namentlich Schulversammlung, Arbeitskreise, Klärungskreis, Einbindung der Schülerinnen und Schüler, an einer privaten Mittelschule nur in bestimmten Bereichen möglich (Art. 92 Abs. 2 Nr. 2, Art. 7a BayEUG).

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat sich im Urteil vom 17.11.1994 — 96-IX-94 — BeckRS 1994, 14342, zu den Grenzen der schulischen Selbstverwaltung und der Verlagerung der Entscheidungsbefugnis zur inneren und äußeren Ausgestaltung der Schule auf die Mitglieder der jeweiligen Schulfamilie geäußert. Hiernach verpflichten Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip den Gesetzgeber, die wesentlichen Entscheidungen im Schulwesen selbst zu treffen und nicht der Schulverwaltung zu überlassen. Das gilt besonders für die der staatlichen Gestaltung offenliegende Rechtssphäre im Bereich der Grundrechtsausübung (vgl. Meder, Die Verfassung des Freistaates Bayern, RdNr. 1 a zu Art. 130 BV). Wenn der Gesetzgeber somit schon der Exekutive, die demo-



kratisch legitimiert ist (vgl. VerfGHE vom 19.10.1994 —12-VII-92 — u.a. S. 44), wesentliche Entscheidungen nicht überlassen darf, so darf er diese Entscheidungen noch weniger Selbstverwaltungsgremien einer Schule überlassen. Denn sonst könnten diese Selbstverwaltungsgremien Entscheidungen treffen, die auf wesentliche Rechtsbereiche Dritter (Schüler, Eltern, Lehrer) einwirken, sich aber nicht an Kriterien halten müssten, die in einem demokratisch-parlamentarischen offenen Gesetzgebungsprozess mit allgemeiner Geltungskraft erarbeitet worden sind. Der Parlamentsvorbehalt setzt damit der Reichweite schulischer Selbstverwaltung die Grenze, dass wesentliche Entscheidungen durch den Gesetzgeber (Art. 72 Abs. 1 BV) getroffen werden müssen, nicht aber durch Selbstverwaltungsgremien der Schule getroffen werden dürfen (vgl. Avenarius, RdJB 1994, 256/263).

Dieses Ergebnis folgt ferner daraus, dass Art. 130 BV dem Staat die grundsätzliche Pflicht auferlegt, die Kompetenz, die ihm durch die Zuerkennung einer staatlichen Schulaufsicht eingeräumt worden ist, auch wahrzunehmen (vgl. Pieroth, DVBl 1994, 949/951; ders. AöR, Bd. 114 -1989- S. 422/436). Der Staat kann sich daher seiner Verantwortung nicht dadurch entledigen, dass er der Entscheidung wesentlicher Fragen der Schulgestaltung ausweicht und sie durch (lediglich) einfaches Gesetz an die Einzelschule und dort bestehende schulische Selbstverwaltungsgremien delegiert (vgl. Avenarius, RdJB 1994, 256/263). Dies gilt auch, soweit der Staat die Errichtung und den Betrieb einer Ersatzschule genehmigt.

Welche Unterstützung und Förderung Schülerinnen und Schüler erhalten und welche Ressourcen die Schule ihnen gewährt, kann damit letztlich nicht von der Entscheidung der Schulversammlung abhängig gemacht werden (s. dazu schon unter Nr. 3.1.1).

3.3 Nach den vorgelegten Antragsunterlagen ist daneben auch die nach Art. 92 Abs. 2 Nr. 2, Art. 4 BayEUG, §§ 2, 3 i. V. m. Anlage 2, Anlage 8, Anlage 9 Schulbauverordnung (SchulbauV) erforderliche Gleichwertigkeit in den Einrichtungen (Schulräumen) nicht vollständig nachgewiesen. Die räumlichen Voraussetzungen für die Genehmigung der privaten Mittelschule als Ersatzschule sind nicht vollständig erfüllt.

3.3.1 Es fehlt zu einem der Nachweis geeigneter Hallen- und Freisportanlagen. Am 17.05.2023 wurde in diesem Zusammenhang lediglich eine von der Luana gGmbH nicht unterschriebene Nutzungsvereinbarung für einen 65,98 m<sup>2</sup> großen Mehrzweckraum in einer ca. 1,2 km entfernt liegenden heilpädagogischen Einrichtung vorgelegt. Dieser ist lediglich ein Grundrissplan des betreffenden Gebäudeteiles der Einrichtung beigelegt.

Die sportfachliche Überprüfung der vorgelegten Unterlagen ergab, dass der für den Sportunterricht vorgesehene Mehrzweckraum nicht dafür geeignet ist, lehrplangemäßen Sportunterricht durchzuführen.

Der Mehrzweckraum deckt weder in seinen Maßen (65,98 m<sup>2</sup> Fläche / 2,975m Höhe) noch in den benötigten Nebenräumen (Umkleidekabinen für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte, Waschräume, Erste-Hilfe-Raum, Geräteraum) die dafür notwendigen Mindestanforderungen ab.

Aufgrund der eingereichten Unterlagen konnte zudem nicht nachgewiesen werden, dass der Mehrzweckraum die sicherheitstechnischen Anforderungen (vgl. DIN 18032 / DIN 58125/ DGUV Vor-



schrift 81, § 18) im Hinblick auf elastische Sportböden, ebenflächige und prall-schutzsichere Wände mit Kontrast zum Sportboden, bruch- und ballwurfsichere Verglasung sowie Raumakustik erfüllt.

Nachweise zu den Freisportflächen wurden nicht vorgelegt.

Zudem wird angemerkt, dass laut Antrag vom 31.05.2022 zunächst eine Klasse mit 30 Schülerinnen und Schülern gebildet werden soll. Sollten weitere Schülerrinnen und Schüler aufgenommen werden, ist vorab insgesamt – auch für die Unterrichtsräume jenseits des Sportunterrichts – festzustellen, ob die Gleichwertigkeit gegeben ist.

3.3.2 Die im Verfahren geäußerten Bedenken hinsichtlich der eventuell beabsichtigten (Ob das Mittagessen für die Schülerinnen und Schüler des offenen Ganztags geliefert oder selbst zubereitet werden soll, ist nach den vorgelegten Antragsunterlagen noch nicht geklärt, vgl. S. 6 des Ganztagskonzeptes.) Nutzung der vorgesehenen Schulküche als Zubereitungsküche für das Mittagessen der Ganztags Schülerinnen und –schüler werden nach nochmaliger schulfachlicher Überprüfung nicht aufrechterhalten. Die im Raum stehende zeitliche Überschneidung der beiden Nutzungen und die damit zusammenhängenden gesundheitsfachlichen Aspekte könnten ggf. durch entsprechende Auflagen im Genehmigungsbescheid sichergestellt werden.

3.4 Laut Antrag vom 31.05.2022 ist die Mittelschule zunächst auf eine Klasse mit 30 Schülerinnen und Schülern ausgelegt, welche jahrgangsgemischt unterrichtet werden sollen. Die Unterrichtszeiten sollen sich laut dem pädagogischen Konzept und vorbehaltlich von Anpassungen am Montag und Dienstag von 8:45 bis 16:15 Uhr, am Mittwoch und Donnerstag von 8:45 bis 13:45 Uhr und am Freitag von 8:45 bis 13:00 Uhr erstrecken (vgl. S. 27 f. des Konzeptes).

Die Aufstellung der Antragstellerin für das Personal der Mittelschule sieht neben der Schulleiterin mit insgesamt 10 Wochenstunden, eine stellvertretende Schulleitung mit 22 Wochenstunden und fünf weitere Lehrkräfte im Umfang von insgesamt 63 Wochenstunden vor.

Zudem wurde mit dem Antrag vom 31.05.2022 ein Konzept für einen offenen Ganztag eingereicht. Zuzüglich der sog. offenen Eingangszeit am Morgen erstrecken sich die Betreuungszeiten regelmäßig von 8:15 Uhr bis 16:20 Uhr, wobei für den Ganztag eine pädagogische Fachkraft vorgesehen ist (vgl. Konzept für den Offenen Ganztag an der Mittelschule und S. 27 f. des Konzeptes für die Mittelschule).

Da das pädagogische Konzept aber als unzureichend angesehen wird (vgl. die Ausführungen unter 3.1 und 3.2), kann keine vorläufige und erst recht keine abschließende Entscheidung in Bezug auf die Lehrkräfte bzw. Lernbegleiter getroffen werden, die in der Übersicht zum Antrag vom 31.05.2022 aufgeführt sind. Dies wird wie folgt begründet:

Es fehlt vorliegend an einem genehmigungsfähigen pädagogischen Konzept und damit schon an einem Anhalt dafür, wie viele Lehrkräfte bzw. Lernbegleiter zur Umsetzung benötigt werden, insb. welche Schüler-Lernbegleiter-Relation zu Grunde zu legen ist, und ob ggf. weitere Anforderungen an die Qualifikation der Lernbegleiter zu stellen sind, damit das Konzept auch umgesetzt werden kann. Die Zahl, Einsatzzeiten und Qualifikation der Lehrkräfte hängen nämlich ganz entscheidend vom pädagogischen Konzept und v. a. der konkreten Rolle der Lehrkräfte ab.

Vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung zur Genehmigungsfähigkeit der Lehrkräfte wird mitgeteilt, dass der Einsatz der für das Fach „Ernährung und Soziales“ vorgesehenen Lehrkraft, die an



der Technischen Universität München Lehramt an beruflichen Schulen mit Schwerpunkt Ernährungswissenschaften/Chemie/Pädagogik studiert hat, nach Ziffer 4.2.1 der Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zum Einsatz von Lehrkräften an privaten Grundschulen, Haupt-/Mittelschulen, Förderschulen, Realschulen, Gymnasien, Abendgymnasien und Kollegs vom 11.05.2023, Az. ZS.7-BP4400.0/58/1, nicht ausgeschlossen ist.

3.5 Das Schulgeldkonzept ist nicht mit dem Sonderungsverbot gemäß Art. 7 Abs. 4 Satz 3 GG, Art. 92 Abs. 2 Nr. 3 und Art. 96 BayEUG vereinbar. Die von der Antragstellerin vorgelegte Schulgeldordnung für die Grund- und Mittelschule sieht eine soziale Staffelung des Schulgeldes vor, wenn das kompensatorisch-solidarische Schulgeld für die Finanzierung der Schulen nicht auskömmlich sein sollte. Da es keine belastbare Prognose für die Kostendeckung auf Basis des kompensatorisch-solidarischen Schulgeldes gibt, ist die Einhaltung des Sonderungsverbots an der geplanten sozialen Staffelung des Schulgeldes zu messen.

Unklar bleibt, ob die in der Tabelle aufgeführten Beträge in Abhängigkeit von den Buchungszeiten des offenen Ganztags zu zahlen sind. Da es an einer Aussage dazu fehlt, die Teilnahme am offenen Ganztag nach dem Konzept freigestellt ist und der Finanzplan der Antragstellerin bestimmte Einnahmen aus dem Schulgeld vorsieht (vgl. Nr. 3.6) wird unterstellt, dass die Beträge je nach Nettoeinkommen und Zahl der Kinder an der Schule auch dann zu zahlen sind, wenn keine Ganztagsbetreuung in Anspruch genommen wird.

Aus der Tabelle folgt, dass untere und mittlere Einkommen überproportional durch Schulgeld belastet würden. Bei 20.001 € Nettoeinkommen einer Familie mit einem Kind an der Schule beträgt das Schulgeld 13,79 % des Jahresnettoeinkommens, bei 30.001 € sind es immerhin noch 10,11 % und bei 40.001 € und einem Kind an der Schule sind es 8,28 %. Bei 40.001 € Nettoeinkommen und zwei Kindern an der Schule sind es insgesamt 15,18 % des Jahresnettoeinkommens.

Wenn man die Grenze des Zumutbaren bei 5 % des Nettoeinkommens zieht (vgl. z.B. VG Potsdam, Beschl. v. 28.10.2022 — VG 12 K 1791/19 — beck-online, Rn. 28 ff.), ist das Sonderungsverbot vorliegend eindeutig als nicht gewahrt anzusehen. Selbst wenn die Grenze höher anzusetzen wäre, sind die geforderten Schulgelder deutlich oberhalb der Zumutbarkeitsgrenze.

Da unklar ist, welche Reduzierungsmöglichkeiten auf Antrag unter Offenlegung des Einkommens bestehen und unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang sie gewährt werden, ist festzustellen, dass das Sonderungsverbot nicht beachtet wird.

3.6 Schließlich ist nach den vorgelegten Antragsunterlagen auch die Finanzierung der geplanten Mittelschule nicht gesichert.

In der mit Schreiben vom 17.05.2023 vorgelegten Finanzplanung der Mittelschule für den Zeitraum von 2023 bis 2032 sind als staatliche Zuschüsse für den offenen Ganztag mit einer vorgesehenen Betreuungszeit von 13.50 Uhr bis 16.20 Uhr ab 2024 jährliche Einnahmen von 56.062 € bis 63.153 € angesetzt. Diese Einnahmen sind jedoch nicht gesichert nachgewiesen. Nach nochmaliger schulfachlicher Überprüfung könnte zwar eine tägliche Betreuungszeit von 2,5 Stunden ausreichen (Ziffer 3.1.2.1 Satz 1 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (KMBek) zu offenen Ganztagsangeboten an Schulen für Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufen 5 vom 30.03.2020, Az. IV.8-BO4207.2-6a.25 694. Nicht nachgewiesen ist jedoch,



**KOPIE**

dass das offene Ganztagsangebot die nach Ziffer 3.1.2.7 der genannten KMBek die für die jeweilige Angebotsform erforderliche Mindestteilnehmerzahl (14 Züchlschüler) erreicht, weil insbesondere aufgrund der unter Nr. 3.1.1 dieses Bescheides erläuterten Freiwilligkeit der Schülerinnen und Schüler weder das Buchungsverhalten der Erziehungsberechtigten noch die tatsächliche Teilnahme der Schülerinnen und Schüler am offenen Ganzttag bekannt ist. Eine verbindliche Anmeldung und Teilnahme am offenen Ganzttag (einschließlich deren Dokumentation) sind zwingende Voraussetzung für eine staatliche Förderung des Ganzttagsangebotes.

Daneben sind auch die Einnahmen aus dem zu entrichtenden Schulgeld nicht gesichert. Der am 17.05.2023 vorgelegte Finanzplan der Mittelschule sieht für den Zeitraum vom 2023 bis 2032 Einnahmen für das Schulgeld in Höhe von 40.500 € bis 114.600 € vor. Vorgesehen ist ein kompensatorisch-solidarisches Schulgeld, das im Fall der Erfolglosigkeit auf das Modell der sozialen Staffelung des Schulgelds übergeht. Eine Staffelung des Schulgeldes nach dem Einkommen der Erziehungsberechtigten ist grundsätzlich möglich. Allerdings verstößt das Schulgeldkonzept gegen das Sonderungsverbot (s. Nr. 3.5). Die Einnahmeproggnose ist daher auch hinsichtlich der Schulgelder nicht belastbar.

Die für die Dauer eines Schuldurchlaufs der Mittelschule von sechs Jahren gesicherte Finanzierung der Schule ist wegen der sich dadurch ggf. ergebenden Finanzierungslücken nicht nachgewiesen.

4. Als Antragstellerin hat die Luana gGmbH die Kosten des Verfahrens nach Art. 1 Abs. 1 Satz 1, Art. 2 Abs. 1 Satz 1 des Kostengesetzes (KG) zu tragen.

Für diesen Bescheid wird aufgrund des entstandenen hohen Verwaltungsaufwands und der Bedeutung der Angelegenheit gemäß Art. 5, Art. 6, Art. 8 Abs. 1 KG i. V. m. Tarif-Nr. 3.I.2/4.2 der Anlage zur Verordnung über den Erlass des Kostenverzeichnisses zum Kostengesetz (Kostenverzeichnis) eine Gebühr von 2.000,00 € festgesetzt. Für die Zustellung dieses Bescheides werden nach Art. 10 Abs. 1 Nr. 2 KG Auslagen in Höhe von 4,11 € erhoben.

#### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe** entweder **Widerspruch** eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar **Klage** erhoben (siehe 2.) werden.

##### 1. Wenn Widerspruch eingelegt wird

ist der Widerspruch einzulegen bei der

**Regierung von Schwaben in Augsburg,  
Postfachanschrift: Postfach, 86145 Augsburg,  
Hausanschrift: Fronhof 10, 86152 Augsburg.**

##### 2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird



ist die Klage bei dem

**Bayerischen Verwaltungsgericht in Augsburg,  
Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg,  
Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg**

zu erheben.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!

Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

*[Sofern kein Fall des § 188 VwGO vorliegt:]* Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Mit freundlichen Grüßen



In Kopie

---

Regierung von Schwaben – 86145 Augsburg

Per E-Mail

Luana gGmbH  
Dr. Michael Lippok  
Philipp Spiegelsberger  
Singerstr. 6  
86159 Augsburg

—

Anlage:

1 Kostenrechnung  
zur Kenntnisnahme vorab per E-Mail.

Das Original samt Kostenrechnung folgt auf dem Postweg.

